

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1887

13.1.1887 (No. 11)

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 13. Januar.

Nr. 11.

Vorauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1887.

Amtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 7. Januar d. J. gnädigst bewogen gefunden, dem Wirklichen Geheimen Rath Dr. Pape, Präsidenten der Reichskommission zur Ausarbeitung eines bürgerlichen Gesetzbuches, das Großkreuz Höchstihres Ordens vom Jähringer Löwen zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter'm 6. Januar d. J. gnädigst geruht, den Postsekretär Otto Lepach von Elst auf Grund des Artikel 50 Absatz 5 der Reichsverfassung, unter Vorbehalt seiner Staatsangehörigkeit mit Wirkung vom 1. Januar 1887 ab zum Oberpostdirektionssekretär bei der Kaiserlichen Oberpostdirektion Karlsruhe zu ernennen.

Nicht-Amtlicher Theil.

Karlsruhe, den 12. Januar.

Die gestrige Reichstagsitzung hat ihre Signatur und ihre hervorragende Bedeutung durch die Reden des Feldmarschalls Grafen Moltke und des Fürsten Bismarck zur Militärgefeß-Vorlage erhalten. Durch die Reden des Grafen Moltke und des Reichstanzlers ist die nationale Bedeutung, welche der Militärvorlage innewohnt, ihre prinzipielle Wichtigkeit in nachdrücklichster Weise hervorgehoben und der richtige Gesichtspunkt für die Beurteilung des Gefesentwurfs bezeichnet worden; zugleich ist aber auch die Größe der Verantwortlichkeit, welche eine Nichtannahme der Vorlage oder eine Fristverkürzung, welche in den Augen der verbündeten Regierungen der Nichtannahme gleich käme, involviren würde, in ihrem ganzen Ernst gezeigt worden. Dem gestern gegebenen telegraphischen Berichte über die Reichstagsitzung lassen wir in der Beilage der vorliegenden Nummer der „Karlsruh. Ztg.“ eine ausführlichere Wiedergabe der Erklärungen des Feldmarschalls v. Moltke und des Fürsten Bismarck folgen. Wie man im Auslande über diese Reden und über das Verhalten der Reichstagsmehrheit denkt, zeigt das Urtheil der bedeutendsten englischen Blätter. Es geht uns aus London folgendes Telegramm zu: Der „Standard“ sagt, die Deutschen würden die hohe Stellung, welche sie unter den Völkern einnehmen, nicht länger verdienen, wenn sie taub blieben gegen die gestrigen gewichtigen Worte des Fürsten Bismarck und des Grafen Moltke und es vorzögen, sich die Haarspaltereien und Abstraktionen der parlamentarischen Führer bieten zu lassen. Sobald Frankreich und Rußland glaubten, Deutschland sei seiner militärischen Lasten müde, werde der Friede nicht mehr eine Woche gesichert sein. Die „Times“ meint, Deutschland könne mehr als andere Mächte zur Erhaltung des Friedens thun, aber nur dann, wenn es gesichert sei gegen jeden möglichen Angriff.

Deutschland.

Berlin, 11. Jan. Se. Majestät der Kaiser verblieb während der gestrigen Abendstunden in seinem Arbeitszimmer. Später fand bei den Kaiserlichen Majestäten eine kleinere Theegesellschaft statt. Im Laufe des heutigen Vormittags nahm Se. Majestät die Vorträge des Ober-Hof- und Hausmarschalls Grafen Perponcher, des Ober-zeremonienmeisters Grafen zu Calenberg und des Polizeipräsidenten Fehren. v. Richthofen entgegen und empfing darauf zur Entgegennahme persönlicher Meldungen den zum Kommandeur der Kavalleriedivision des 15. Armeecorps ernannten Generalleutnant v. Gottberg, den königlich bayrischen Militärbevollmächtigten Generalmajor Ritter von Rylander, den Major Fehren. von und zu Glosstein vom Schlesischen Infanterieregiment Nr. 2, sowie den Obersten v. Merkel, bisher im 1. Hannover'schen Dragonerregiment Nr. 9, welcher zum 3. Badischen Dragonerregiment Nr. 22 versetzt worden ist, und mehrere andere Offiziere. Mittags arbeitete Allerhöchstderselbe längere Zeit mit dem Chef des Militärkabinetts, General der Kavallerie und Generaladjutanten v. Albedyll.

Schon vor Beginn der heutigen Plenarsitzung des Reichstages erschien Se. Königl. Hoheit Prinz Wilhelm in Begleitung zahlreicher hoher Militärs in der Hofloge. Auch die Diplomatenlogge war schon vor Eröffnung der Sitzung bis auf den letzten Platz gefüllt.

Ueber Zustimmungskundgebungen zur Militärvorlage wird berichtet, daß in Hamburg in einer Versammlung des Reichstagswahlvereins, nach einem Vortrag des Reichstagsabgeordneten Prof. Meyer-Jena eine Erklärung zu Gunsten der Vorlage einstimmig angenommen wurde, sowie daß von Dören die vom dortigen Deutschen Volksverein beschlossene Adresse an den Reichstag mit 1267 Unterschriften abgehandelt worden ist.

Wie die „Post“ erzählt, wird die Eröffnung des Landtages am 15. Mittags 12 Uhr im Weißen Saale des königlichen Schlosses, und zwar wahrscheinlich durch

den Vizepräsidenten des Staatsministeriums, den Herrn Minister des Innern von Puttkamer, erfolgen. Der Eröffnung geht um 11 Uhr Gottesdienst für die evangel. Mitglieder in der Hof- und Domkirche, und um 11 1/2 Uhr für die katholischen in der Hedwigs-Kirche voran.

Der heute früh hier verstorbene Reichstags- und Landtags-Abgeordnete Dirichlet war nach Angabe des Hirth'schen Parlaments-Almanachs im Juli 1833 in Berlin geboren und hatte sich, nachdem er auf der Berliner Universität Jura studirt, der Landwirtschaft gewidmet. Er war seit 1857 Besitzer des Gutes Klein-Bretschkehmen im Kreise Darkehmen, gehörte dem ostpreussischen Provinzial-Landtage, dem Bezirksrathe von Gumbinnen und dem Kreisauschusse von Darkehmen an. Im Reichstag vertrat er als Mitglied der deutschfreisinnigen Partei den 7. Reg.-Bez. Liegnitz, Landeshut-Volkenhagen.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ erhielt Briefe aus Teheran, welche melden, daß bei dem feierlichen Empfange des deutschen Gesandten am 12. Dezember durch den Schah behufs Ueberreichung seines Beglaubigungsschreibens Erzierer eine Ansprache gehalten habe, worin er im Auftrage des Kaisers Versicherungen der beständigen und aufrichtigen Freundschaft überbrachte; er sagte ferner, er werde alle Anstrengungen auf das Gelingen seiner Sendung richten, um die freundschaftlichen Beziehungen Deutschlands zu Persien zu erhalten und zu befestigen. Der Schah dankte darauf für die namens des Kaisers durch den Gesandten ausgesprochenen Gefühle der Freundschaft; er hoffe, der Gesandte werde dazu beitragen, zwischen den beiden Reichen die glücklicherweise herrschenden freundschaftlichen Beziehungen zu befestigen und weiter auszubilden. Darauf erkundigte sich der Schah eingehend über das Befinden des Kaisers und seiner Familie und sprach auch mit den übrigen Mitgliedern der Gesandtschaft. Nach dem Empfang erhielt der Gesandte den Sonnen- und Löwenorden 1. Klasse.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 11. Jan. Erzherzog Rainer feiert heute seinen 60. Geburtstag. Aus diesem Anlasse wurden demselben aus Kreisen des Militärs und der Aristokratie, sowie seitens der hervorragenden künstlerischen und gelehrten Körperschaften verschiedene Ovationen zu Theil. Zu den Deputationen, die zuerst bei dem Herrn Erzherzog Rainer vortraten, gehörten die der Akademie der Wissenschaften, geführt vom Präsidenten R. v. Arneht, des Kunstgewerbevereins mit dem Präsidenten Ritter von Waldheim und des Oesterreichischen Museums. Die beiden letzterwähnten Deputationen überbrachten auch prachtvoll ausgestattete Beglückwünschungsadressen.

Zu der energischen Zurückweisung, welche das „Fremdenblatt“ der Forderung der „Budapester Korresp.“ nach militärischen Vorkehrungen in Galizien zu Theil werden ließ, schreibt der Wiener Korrespondent der „Allg. Ztg.“ Folgendes: „Sie sind bereits auf telegraphischem Wege auf das Communiqué aufmerksam gemacht worden, welches das hiesige „Fremdenblatt“ einem Artikel der „Budapester Korresp.“ widmete, um die sensationelle Art zurückzuweisen, in welcher diese Korrespondenz die Nothwendigkeit, Verpflegs- und Montursartikel in den Grenzterritorien anzuhäufen, betont hat, indem das „Fremdenblatt“ mit Nachdruck hervorhob, daß der Hinweis der „Budap. Korresp.“ keiner autoritativen Quelle entstammen könne, und hinzufügte, es liege den maßgebenden Kreisen keinerlei Nachricht vor, welche die Hoffnung auf die Erhaltung des Friedens beeinträchtigen könnte. Das Communiqué des „Fremdenblatts“ ist in hohem Grade beachtenswerth und war um so notwendiger, als und zwar besonders in den finanziellen Kreisen, an die Ausführungen der „Budap. Korresp.“ die Befürchtung geknüpft wurde, es ständen dieselben mit Kriegsvorbereitungen in Verbindung. Nichts wäre aber mit den bekannten Tendenzen der österreichisch-ungarischen Politik in grellerem Widerspruch, als eine solche Annahme, und es kann daher derlei mißverständlichen Auffassungen nicht rauch und entschieden genug entgegengekört werden. Wir sagen mißverständlichen Auffassungen, denn, wenn gleich durchaus nichts vorliegt, wodurch sich unsere Kriegsverwaltung zu besonderen Maßnahmen veranlaßt sehen könnte und in dieser Richtung auch weder etwas Gesehenes noch beabsichtigt ist, so läßt es sich doch nicht läugnen, daß die seitens aller Staaten an den Tag gelegte militärische Thätigkeit auch unserer Regierung die Pflicht auferlegt, dafür zu sorgen, daß unsere Armeen rüchlich ihrer Ausrüstung und Bereitschaft nicht hinter den Beeren der andern Staaten zurückbleibe, daß die Instandhaltung der Verpflegsvorräthe auf die den Vorkehrungen anderer Staaten entsprechende Stufe gebracht und für die Durchführung der neuen Institutionen, wie beispielsweise des Landsturms, in geeigneter Art vorgefertigt werde. Bekanntlich waren die Ministerkonferenzen, die in den letzten Tagen stattgefunden, u. a. der Feststellung der Durchführungsregeln des Landsturmgesetzes gewidmet, und es ergibt sich mithin auch die Nothwendigkeit jener Ausgaben, die gemacht werden müssen, um den Landsturm durch entsprechende Ausstattung zu jenem Faktor zu machen, den er in unserer Wehrkraft zu bilden berufen ist. All dies beruht aber auf den Geboten der Entwicklung unseres Heerwesens und hat mit den politischen Tagesnachrichten nichts zu schaffen, um so weniger, als in der letzten Zeit keine Ereignisse hinzugekommen sind, welche die Ansicht, daß es den allgemeinen, auf die Erhaltung des Friedens gerichteten Bestrebungen gelingen werde, dieses Ziel zu erreichen, hätten trüben können. Es ist erfreulich, daß sich die öffentliche

Meinung von den Ausführungen der „Budap. Korresp.“, die, wenn sie gleich von guten Absichten geleitet gewesen sein mag, so wenig Takt zeigte, daß sie mit ihrem Artikel dem Sensationsbedürfnis Rechnung tragen zu dürfen glaubte, nicht irren machen ließ und sofort erkannte, daß zwischen einem Anlaß zum Alarmiren und einer patriotischen Kundgebung, die den Zweck hat, daran zu erinnern, daß für die Bedürfnisse unserer Wehrfähigkeit vorgefertigt werden müsse, denn doch ein Unterschied sei, und es ist doppelt erfreulich, wahrzunehmen, daß unsere Presse das letzterwähnte Bedürfnis anerkennt und seine Befriedigung befürwortet, sich zugleich aber von der Unterstützung der österreichischen Friedenspolitik nicht abdrängen läßt.“

Frankreich.

Paris, 11. Jan. Der an die Deputirtenkammer gelangte provisorische Handelsvertrag mit Griechenland sichert Frankreich im Allgemeinen die Meistbegünstigung für Weine, Sammet, Blüthe, Parfümerien, Cylanderhüte und Spitzen mit 50 Proz. Ermäßigung des Eingangszolles gegen den allgemeinen Tarif von 1884 zu. — Ministerpräsident Goblet wird die Kammer auffordern, die Erörterung der Ausgaben für 1887 fortzusetzen. Der Tilgungsfond wird behufs Herstellung des Gleichgewichts im Budget verkleinert und das außerordentliche Budget der öffentlichen Arbeiten um 15 Millionen herabgesetzt. — Der „Anamite“ ist mit den sterblichen Ueberresten Paul Bert's in Algier eingetroffen. Der Generalgouverneur Tirman, der sich mit den Standespersonen der Kolonie an Bord des „Anamite“ begeben hatte, feierte in längerer Rede die Verdienste des Verstorbenen. — Der malagassische Kriegsminister Hani-Hawony, ein Sohn des Vicepräsidenten, ist mit einem Gefolge von zehn Personen in Marseille angekommen und wird sich von dort nach Paris begeben.

Zum Beginn der ordentlichen Kammeression hielt heute im Senat der Alterspräsident Carnot eine Rede, in welcher er dem verflohenen Jahre einen Rückblick widmete. Während desselben sei der politische Horizont mehrmals getrübt gewesen, jedoch ohne den Bürgern, die Vertrauen zu den republikanischen Staatseinrichtungen haben, Furcht einzufößen. Die Rede wendete sich dann zu den Aufgaben des Parlamentes. Frankreich habe unter dem Wettbewerb mit den andern Nationen zu leiden, die Krisis in Handel und Gewerbe sei jedoch eine internationale, wie die Volksbefreiungen und die Thronreden in den andern Ländern bewiesen. Weiterhin wurden von Carnot die französischen Kolonialbestrebungen besprochen, welche den Ueberlieferungen treu geblieben seien. Frankreich wolle keine Eroberungen machen, sondern nur den unabwiesbaren Forderungen nach der Ausdehnung des Gebietes des Handels und der Arbeitssamkeit Rechnung tragen. Um solche Unternehmungen in den ferneren Ländern zu beginnen, sei zweierlei nötig: Festigkeit nach innen und Friede nach außen. Ein Krieg würde nur die Nothlage vergrößern, das wissen die Völker ebenso wohl wie die Regierungen, die gezwungen sind, mit den Völkern zu rechnen. In Frankreich gebe es nicht einmal eine Militärpartei. Die französische Armee sei wesentlich ein Civilcorps, welches wünscht, in Kriegszeit nicht nötig zu werden. Sollte dies jedoch nicht möglich sein, so werde sie zeigen, daß sie in den 15 Jahren gelernt hat und den mächtigsten Gegnern die Spitze bieten kann. — In der Deputirtenkammer hielt der Alterspräsident, Pierre Blanc, die übliche Eröffnungsrede. Er ermahnte die republikanischen Parteien zur Einigkeit, die unter den gegenwärtigen Verhältnissen unbedingt notwendig sei. Die Rede berührte sodann die Arbeiten, welche die Kammer zu erledigen haben werde, und ging dann zu der Besprechung des Jubiläums der Revolution von 1789 und dem friedlichen Wettkampfe, der sich in der Ausstellung von 1889 darstelle, über. Die Ansprache wurde freundlich aufgenommen und wiederholt durch Beifallsbezeugungen unterbrochen. Bei der Wahl der Präsidenten stimmten 384 Deputirte ab. Floquet wurde mit 321 Stimmen wiedergewählt. Auch die Vizepräsidenten wurden wiedergewählt, Delaforge mit 287, Lefevre mit 226, Piat mit 224 und Ferrier mit 217 Stimmen. Zu Quästoren wurden Montjau mit 193, Marganie mit 192, Stadaud mit 187 Stimmen wiedergewählt.

Spanien.

Nach der „Polit. Korresp.“ aus Madrid zugehenden Mittheilungen ist die unterbliebene Wiederwahl des Generals Salamanca zum Präsidenten des Militärkabinetts unter anderem auch auf das taktlose Benehmen des genannten Generals anlässlich der deutsch-spanischen Kontroverse in der Karolinen-Frage zurückzuführen, welche er bekanntlich als Anlaß zur Rückstellung einer preussischen Dekoration benützte zu sollen geglaubt hatte. Die entgegenkommende Haltung Deutschlands während dieses ganzen Streitfalles findet andauernd in Spanien volle Anerkennung und der Wunsch nach Konsolidirung der beiderseitigen Beziehungen beherrscht weite Kreise.

Großbritannien.

London, 11. Jan. Der Sohn Lord Jddesleighs, Henry Northcote, ist von seinem Posten als Generalinspektor des Geschützwehens zurückgetreten. Der Austritt Northcotes wird als Vorläufer des Rücktritts Lord Jddesleighs angesehen, denn gutem Bernehmen nach beharrt Lord Jddesleigh auf dem Entschlusse, aus dem Kabinet auszutreten. — Mit Rücksicht auf die noch nicht ganz feststehende Zusammensetzung des Kabinetts ist die Sitzung des Staatsraths in Osborne wiederum bis Ende der laufenden Woche verschoben worden. — Es verlautet jetzt,

daß die Admiralität die von Lord Charles Beresford in seiner Denkschrift verlangten Forderungen angenommen hat. Der Bau einer Anzahl Schnellkreuzer soll sofort in Angriff genommen werden, und sind die Schiffe innerhalb zweier Jahre fertig zu stellen und die Ausgaben gleichmäßig über diesen Zeitraum zu verteilen. Ebenso soll Lord Beresford's Plan, ein Nachrichtenbureau über die ausländischen Marinen nach dem Muster des für die Armee bestehenden zu bilden, zur Ausführung gelangen.

Die Meldung, daß dem bisherigen Kriegsminister Smith der Posten als erster Lord des Schatzamtes übertragen worden ist, hat zu der irrigen Meinung Anlaß gegeben, daß Herr Smith kraft dieses Postens, der nach geschichtlichem Vorkommen mit der Stellung des Premierministers verbunden zu sein pflegt, an die Spitze des umgestalteten Kabinetts getreten sei. Dem ist jedoch nicht so. Der Posten des ersten Lords des Schatzamtes wird zu weilen von dem Premierposten — den gegenwärtig Lord Salisbury bekleidet und, trotz der Uebernahme des Portefeuilles für auswärtige Angelegenheiten, beibehält — getrennt und einer Personlichkeit übertragen, deren Verbleiben oder Aufnahme in's Kabinet als Minister ohne Portefeuille wünschenswert erscheint. Herr Smith konnte bei seinem vorgerückten Alter die Obliegenheiten des Kriegsministeriums nicht mit der beschwerlichen Führerschaft des Hauses der Gemeinen, die ihm in Folge des Rücktritts des Lords Randolph Churchill anvertraut wurde, vereinigen. Die Führerschaft des Unterhauses ist jedoch kein Kabinetposten. Smith wurde folglich zum ersten Lord des Schatzamtes ernannt — eine Art von sinecure, die ihm vollauf Zeit und Mühe läßt, sich den Führerpflichten zu widmen. Anlässlich der Bildung des ersten Kabinetts Lord Salisbury's wurde bekanntlich Lord J. B. Esdale der Posten des ersten Lords des Schatzamtes übertragen, da ein anderer Kabinettposten zur Zeit nicht für ihn gefunden werden konnte, während Lord Salisbury, wie jetzt, mit dem Premierposten das Portefeuille des Auswärtigen verband.

Die vom Handelsamte veröffentlichten Ausweise pro Dezember und das am 31. Dezember beendete Jahr sind weniger günstig als die Ausweise pro November, obwohl die Differenz unbedeutend ist. Der deklarirte Einfuhrwerth für den vorigen Monat betrug 31,011,283 Pf., gegen 30,953,588 Pf. im Dezember 1888, — Zunahme 57,695. Der Gesamtbetrag belief sich für das Jahr 1888 und 1889 auf 370,404,314 Pf. resp. 349,381,087 Pf., — was einer Abnahme von 21,023,227 Pf. gleichkommt. Die Abnahme sowohl während des Monats als während des Jahres entfiel hauptsächlich auf Lebensmittel und Getränke; während bei Rohmaterial für verschiedene Manufakturen, Rohmaterial für Textilfabrikate und fabrizirten Artikel eine Zunahme stattfand. Der Ausfuhrwerth betrug 17,063,510 Pf., gegen 17,204,428 im Dezember 1888, — Abnahme 150,918 Pf. Der Export für die 12 Monate stellte sich auf 212,363,995 Pf. gegen 213,044,500 in 1888. Die Artikel, welche während des ganzen Jahres die größte Ausdehnung gezeigt haben, sind Garne und Textilfabrikate, wogegen die Verminderung größtentheils auf Rohmaterial, Maschinen, Kleidungsstücke, Chemikalien und diverse Manufakturwaaren entfällt.

Äfrika.

Das im Bereiche des deutschen Generalkonsulats zu San f i b a r zu errichtende Vizekonsulat wird wahrscheinlich seinen Sitz nicht in Sanfibar selbst, sondern auf der Insel Manda in der vor Deutsch-Buru liegenden Bucht erhalten. Die „Kreuzzeitg.“ bemerkt hierzu: Der für diesen Posten bestimmte Gerichtsassessor Steifensand wird dort einen nicht leichten Stand haben, da die im Bereiche des Sultanats von Sanfibar befindlichen englischen Konsulatsbeamten mit der Sprache des Landes (Kiswahili) und mit den Sitten und Gebräuchen der Bevölkerung vollkommen vertraut sind, während der deutsche Vertreter dort als Neuling nach jeder Richtung hin erscheint. Jedenfalls ist es aber ein wesentlicher Fortschritt, daß man deutschseits dorthin kaiserliche Beamte schickt und so den Anfang macht, nicht nur der Bevölkerung das Reich äußerlich vor Augen zu halten, sondern auch Beamte mit der Sprache und den Landesitten bekannt zu machen. Welchen Vortheil Großbritannien dadurch davongetragen hat, daß sein Generalkonsul zu Sanfibar, Sir John Kirk, und seine Vizekonsuln sich in Sprache, Sitten und Gewohnheiten daselbst wie Eingeborene eingelebt haben, bedarf keiner Erklärung.

Die Militärvorlage im Reichstage.

(Fortsetzung aus der Beilage.)

Also, meine Herren, warum sind Sie so lästern und wollen alle Jahre denselben Streit haben, ob das deutsche Heer bestehen soll oder nicht? Wenn Sie in diesem Streit anderer Meinung sind als die verbündeten Regierungen, so würde Ihre Meinung nach Inhalt der Vorlesung von keiner ausschlaggebenden Wirkung sein. Sie kompromittiren sich ganz ohne Noth (Weiterkeit), in einer Richtung, Ihren Willen durchzusetzen, wo Sie nicht die Macht dazu haben, weil Sie das verfassungsmäßige Recht dazu nicht besitzen. Sie haben die Verfassung nicht genau genug gelesen (Weiterkeit), wenn Sie glauben können, daß Sie keine Rücksicht zu nehmen brauchen auf den Kaiser, auf sein Recht, welches aus Artikel 5 der Verfassung beruht, wonach er jederzeit das Recht hat, an den bestehenden Einrichtungen festzuhalten, nicht an früheren Gesetzen, sondern an früheren Einrichtungen, die bisher bestanden haben. Bei solchen Fragen ist im Bundesrath die Stimme des Präsidiums ausschlaggebend. Bestehende Einrichtung ist immer die Präferenzstärke des vorigen Jahres, und wenn der Kaiser im Bundesrath dafür stimmt, so könnte selbst der Bundesrath dagegen sein, dann würde doch die Präferenzstärke aufrecht erhalten. Aber die verbündeten Regierungen werden nicht dagegen sein, sie sind vollkommen einmüthig und würden ein solches Gesetz nie und in keinem Jahre zu Stande bringen, das uns eine unzulängliche Armee durch ein Budgetgesetz aufzubringen würde. Ich weiß also nicht, warum Sie das Bedürfnis haben, diese Reden, die sich daran knüpfen, häufiger hervorzuheben, als nach dem Kompromiß alle sieben Jahre. Wir wünschen keine Konflikte, wir wünschen an dem Kompromiß festzuhalten; über den hinaus werden wir uns aber nicht treiben lassen. Wir halten unbedingt an dem vollen Umfange der Vorlage fest (Beifall rechts) und weichen keinen Nagel breit. (Lebhafter Beifall rechts.) Das deutsche Heer ist von wechselnden Majoritäten des Reichstages nicht abhängig. Wir können uns nicht darauf einlassen, daß unter dieser und jener Zusammenfassung des Reichstages die Heereseinrichtung sich ändere, daß die Dienstzeit bald auf ein Jahr, bald auf drei Jahre normirt wird, daß Bataillone wieder verschwinden, je nach der jedesmaligen Konstellation und Stimmung des Reichstages. Das ist ja absolut unmöglich. Streben Sie doch nicht nach solchen Phantasiegebilden!

Das deutsche Heer ist eine der fundamentalsten, eine der Hauptgrundlagen des Reiches; ohne die gemeinsame Verteidigung gegen auswärtige Angriffe wäre der ganze Bund, auf dem das Deutsche Reich beruht, gar nicht zu Stande gekommen, und wenn

Sie diese Hauptbedingung seiner Existenz dem Reiche unter den Füßen wegziehen, so gefährden Sie eben das Bestehen des Reiches. Den Bestand des Heeres von den wechselnden Majoritäten des Parlaments abhängig zu machen, mit andern Worten, aus dem kaiserlichen Heere, das wir bisher in Deutschland haben, ein Parlamentsheer zu machen, ein Heer, welches nicht auf Seine Majestät den Kaiser und die verbündeten Regierungen, sondern auf die Herren Windthorst und Richter zu sehen hat (Weiterkeit), diese Möglichkeit liegt uns außerordentlich fern, und die Thatsache, daß bei diesen Verhandlungen zur Kenntniß kommt, daß es bei uns Leute gibt, die danach streben, die das für möglich halten, verpflichtet uns schon allein, über diese Frage an das Volk, an die Wähler zu appelliren, ob das wirklich die Meinung der Wähler ist. (Unruhe links und im Centrum.) Haben Sie denn gezweifelt, daß Sie sich kompromittiren werden? (Weiterkeit.) Es ist unmöglich, daß die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands von der jedesmaligen Stimmung und Abstimmung des Parlaments in jedem Jahre abhängen könnte, daß die Armee auf die Hälfte reduziert werden könnte und auf den einjährigen Dienst, was ja die Sozialdemokraten wollen. Auch eine sozialdemokratische Majorität ist in diesem Hause möglich. Das aber kann unmöglich der Wille der deutschen Nation sein, daß sie auf diese Weise in ihrer Wehrhaftigkeit, in ihrer Sicherheit abhängig sein soll von den wechselnden Majoritäten des Parlaments. (Sehr wahr! rechts.) Das ist ganz außerhalb der Verfassung; die verbündeten Regierungen wünschen einen neuen Kompromiß, und zwar einen siebenjährigen, aber keinen kürzern.

Wir wollen die Gefahr der Konflikte nicht herbeiführen, wir wollen aber den Gedanken nicht aufkommen lassen, daß das Parlament überhaupt berechtigt sei, einseitig ohne Mitwirkung des Bundesraths und des Kaisers über den Bestand der deutschen Armee zu verfügen; gegen diesen Gedanken allein schon würden wir an die Wähler appelliren. Die verbündeten Regierungen sind ihrerseits entschlossen, mit dem ganzen Gewicht ihres Einflusses im Deutschen Reiche und Volke für die Aufrechterhaltung der Wehrhaftigkeit und der Interessen des deutschen Heeres einzutreten (Beifall rechts), und von Seiner Majestät dem Kaiser können wir unmöglich erwarten, daß er in seinem neunzigsten Lebensjahre nun das Werk desaboniren und zu seiner Zerlegung mitwirken könne, dem er die letzten dreißig Jahre seines Lebens gewidmet hat, die Schöpfung des deutschen Heeres und die Schöpfung des Deutschen Reiches. Wenn Sie glauben, wenn Sie irgendwie durch Ihr Verhalten den Anschein erwecken, daß Sie hiernach streben, wenn Sie nicht durch eine baldige und vollständige Annahme unserer Vorlage diese Sorge der verbündeten Regierungen um die Wehrhaftigkeit Deutschlands befriedigen, dann gehen wir es vor, die Unterhandlungen mit einem anderen Reichstage weiterzuführen. (Lebhafter Beifall rechts.) Die Gefahr, die dem deutschen Volke durch eine Verzögerung möglicher Weise gebracht werden kann, wird uns zwingen, darüber bald Genüthigkeit zu haben, oder bald mit andern Leuten zu reden, die uns diese Gewissheit gewähren. (Stürmischer, anhaltender Beifall rechts.)

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 12. Januar.

Heute Vormittag von 11 Uhr an ertheilte Seine Königliche Hoheit der Großherzog den nachbenannten Personen Audienz: dem Ministerialrath und Landeskommissar Hebling von hier; dem Bahnverwalter Landenberger von hier; dem Pfarrer Schuler von Zstein; dem Obergeringieur Kicham von Waldshut; dem Oberbauart Professor Dr. Durm von hier; dem Oberamtmann Teubner von Bähle; dem Obergeringieur Fieser von Mannheim; dem Landgerichtsrath Schredelseder von Mosbach; dem Hofjäger Kirmir von hier; dem Pfarrer Hagenreifer von Buchenberg; dem Professor Cathrein von hier; dem Regierungsassessor Schmidt von hier; dem Amtsrichter Schenk von Bretten; dem Landgerichtsrath Dr. Sachs von hier; dem Professor Dr. Stahl von Pforzheim; dem Oberzollinspektor Neumann von hier und dem Oberzollinspektor Schäfer von Freiburg.

Nachmittags bis Abends nahm Seine Königliche Hoheit die Vorträge des Legationssekretärs Freiherrn von Babo, des Staatsraths Freiherrn von Ungern-Sternberg und des Präsidenten von Regenauer entgegen.

(Vortrag.) Der hiesige Arbeiterbildungsverein veranfaßt auch in diesem Winter zur Belehrung seiner Mitglieder eine Reihe von Vorträgen. Im alten Jahr sprachen die Herren Stadtpfarrer Lengin (über Dr. F. v. Scheffel), Prof. Höchster (Friedrich der Große), Professor Dr. Goldschmidt (über den dreißigjährigen Krieg und seine Zeit, insbesondere über die Folgen des Kampfes in volkswirtschaftlicher, sittlicher und politischer Richtung); demnächst werden die Herren Rechtsamwalt Dr. Bing (über die deutsche Reichsverfassung) und Gerichtsreiber Frank (über das Prozeßverfahren) Vorträge halten. Das für gestern Abend von Herrn Regierungsrath Dr. Pfaff gewählte Thema bildeten: „Soziale Parteien und die deutsche Sozialreform.“ An die Feststellung der Erscheinung, daß dormalen soziale Fragen das öffentliche Leben vorwiegend beherrschten, schließt sich eine übersichtliche Darlegung der Ursachen hievon. In der Stellung der verschiedenen Parteien zu den sozialen Fragen unterscheidet der Redner drei Hauptrichtungen:

1) Die Mandchesteypartei erhoffe die Beseitigung aller wirtschaftlichen Mängel und die einzig richtige, ja naturgesetzliche Lösung der volkswirtschaftlichen Aufgaben von der unbeschränkten, freien Konkurrenz, von der freien Betätigung des Selbstinteresses. Jedes Eingreifen der Regierung in die Privatindustrie sei nach dieser Anschauung unberechtigte Bevormundung. Die Befreiung der Industrie und des Verkehrs von den früheren weitgehenden politischen, fiskalischen und ästhetischen Beschränkungen habe nun zwar einen ungeahnten Aufschwung der Güterproduktion, insbesondere der Großindustrie und des Verkehrs bewirkt, aber neben diesen Vorteilen ständen doch auch recht tiefe Schatten, da die besonders von Mandchester (Cobden-Club) aus verbreitete Lehre von der vollen wirtschaftlichen Freiheit die Verteilung der Produkte und den Einfluß gar nicht berücksichtigt hat, welche die Produktionsverhältnisse auf die Lage der Arbeiter, auf das Familienleben derselben und auf die Erhaltung der sittlichen Staatszwecke ausübten. Unrichtig sei die Annahme, daß die Ungleichheit der wirtschaftlichen Kraft der Einzelnen eine durchaus natürliche sei, vielmehr ist dieselbe auch mit ein Ergebnis menschlicher Thätigkeit, menschlichen Verdienstes — und menschlichen Verschuldens. Daß die Proklamirung und Ausübung bloß formaler Freiheit und Gleichheit die wirtschaftlichen Mängel nicht zu heben, die sozialen Fragen nicht zu lösen vermöge und

daß die Gesetzgebung ohne bringende Gefährdung höherer Interessen sich fernern nicht zurückhalten dürfe von dem sozialpolitischen Gebiete, hätten die Arbeiterunruhen in Belgien und Nordamerika dargethan, wie unter Hinweisung auf die belgische Thronrede vom 13. November und auf die Botschaft des Präsidenten Cleveland vom 22. Mai v. J. und an der Hand der belgischen Arbeiteruntersuchungen des Näheren ausgeführt wurde.

2) Der Sozialismus erkläre die Grundlagen der bestehenden Gesellschaftsordnung für durchaus falsch, die geltenden Eigentums- und Erwerbsverhältnisse für verwerflich und halte eine radikale Neugegaltung der Gesellschafts- und Rechtsordnung für geboten, entweder auf gesetzmäßige Wege (Gothaer Programm) oder mit allen Mitteln (Wydenr Kongress). Auf die Erörterung der einzelnen Anlagen gegen das Privateigentum (la propriété est le vol, nach Proudhon, oder „Eigentum ist Fremdtum“, wie Lassalle meint), gegen das Erbrecht, das Geld und dessen Monopolgewalt, gegen das angeblich falsche Verhältniß des Wertes der Arbeit zum Kapital und die jetzige Verteilung des Arbeitsertrages schließt sich die Darlegung der positiven Grundzüge der verschiedenen sozialistischen und kommunistischen Parteigruppen und der Nachweis, daß die letzteren auf ein unerreichbares Ziel losstreben, daß die Einführung der sozialistischen Organisation der Arbeit, die Proklamirung einer sozialistischen kommunistischen Weltwirtschafts- und Rechtsordnung die bestehenden Mängel nicht heben, vielmehr noch vermehren würde und daß eine solche Umgestaltung unserer wirtschaftlichen Ordnung keineswegs einen Kulturfortschritt enthalten würde, sondern einen Rückschritt, eine Reaktion schlimmster Art, einen brutalen Vernichtungskampf vertholler Erzeugnisse unserer Kulturentwicklung.

3) Der sozialreformatorischen Richtung folge die Sozialpolitik des Deutschen Reiches seit 1878. Sie halte sich gleich fern von beiden Extremen, wie an einer Vergleichung der Hauptgrundsätze der drei Richtungen gezeigt wird. Diefelbe erstrebe eine friedliche Entwicklung der Volkswirtschaft durch Verbesserung der widerstreitenden Interessen der verschiedenen Volksklassen, durch Befestigung der wirtschaftlich schwachen Existenzen, durch Hebung der ärmeren und besitzlosen Klassen und durch Milderung der Ungleichheiten der wirtschaftlichen Lage; durch Verbesserung des Looses der Arbeiter, durch Befestigung derselben gegen die Gefahren und Nachteile, welche aus dem Arbeitsverhältnis für dieselben entstehen können, will sie sie den arbeitenden Klassen zu einem befriedigenden Dasein verhelfen. Im Einzelnen wurden nun besprochen: die Bestimmungen der Gewerbeordnungs-Novelle vom 17. Juli 1878, die Einrichtung und Aufgabe der Fabrikinspektion, die Frage der Frauen- und Kinderarbeit und der Unfallversicherung. Dabei ward eine Kritik der Vorschläge wegen des Normalarbeitsstages und wegen einer zwischenstaatlichen Regelung der Fabrik- und Arbeitergesetzgebung eingeschlochten und es werden die Schwierigkeiten dargelegt, welche einem raschen Gang der Arbeitergesetzgebung entgegenstehen. Durch das Krankenversicherungsgesetz, das Unfallversicherungsgesetz und die hierzu ergangenen Ausdehnungsgesetze — deren Hauptgrundsätze zusammenfassend aufgestellt wurden — ist der Arbeiter dagegen geschützt, daß Krankheit und Unfälle seine wirtschaftliche Existenz vernichten und ihm und seine Familie in die Schicksale der Almosenempfänger hinabstoßen. Damit wird nach das Ehr- und Standesgefühl der Arbeiter gehoben.

An einen Ausspruch Lassalle's, ob das soziale Königthum (mit Leidenschaft würde ich sein Banner tragen und alle konstitutionellen Theorien würden schnell genug in die Klumpenammer geworfen werden) knüpfte der Redner einen warm empfundenen Hinweis darauf, wie unser großer Kaiser diesen Traum erfüllt habe, wie wir es ihm zu danken haben, daß Deutschland mit der segensreichen Arbeiterversicherung allen andern Staaten bahnbrechend voran die Führerrolle übernommen hat und wie der Geist Lassalle's, wenn er heute wieder herniederläge, sich dem beugen und dem zujubeln würde, der die Botschaft erlassen hat: „Unsere kaiserlichen Pflichten gebieten uns, kein in unserer Macht liegendes Mittel zu verkümmern, um die Besserung der Lage der Arbeiter und den Frieden der Berufsklassen unter einander zu fördern, so lang Gott uns Frist gibt zu wirken.“ Der Saal war gut besetzt. Der Vortrag wurde beifällig aufgenommen.

* **Stocach, 11. Jan.** (Landwirtschaftlicher Verein. — Viehzucht.) Die Direktion unseres landwirtschaftlichen Bezirksvereins hat in ihrer letzten Sitzung beschloffen, im laufenden Jahre in vier Ortschaften des Vereinsbezirks Besprechungen über Viehzucht abzuhalten. Die erste Vereinsversammlung wird am 30. Januar in Oberstbrunn stattfinden und hat zu dieser Herr Oerrregierungsrath Hbthm aus Karlsruhe einen Vortrag über Viehzucht zugesagt. Unser landwirtschaftlicher Verein wird, annehmend an die in unserem Bezirke in diesem Jahre stattfindende Staatsprämierung, eine Anzahl Preise für schöne Kalbinnen auswerfen und hofft derselbe auch dadurch anregend auf die Viehzüchter zu wirken, denn es ist bei uns vor Allem nothwendig, daß der Selbstauszucht von Kühen mehr Aufmerksamkeit geschenkt werde und daß mit dem von den eingeführten Fahren gewonnenen weiblichen Judtmaterial auch weiter gezüchtet werde. Bis jetzt ist es eben hier Uebung, die Kühe vom Händler zu kaufen und das Jungvieh verfallt der Schlachtbank. — Die vom landwirtschaftlichen Verein prämirten Kalbinnen müssen von dem Besitzer wenigstens drei Jahre zur Zucht behalten werden.

* **Stocach, 11. Jan.** (Neue Telegraphenanstalt.) Am 20. d. M. wird in Fizenhausen, hiesigen Amtsbezirks, eine mit der Ortspostanstalt vereinigte Telegraphenanstalt mit beschränktem Tagesdienst für den allgemeinen Verkehr eröffnet werden.

* **Vom Bodensee, 11. Jan.** (Getreideverleht. — Holzverkauf.) Auf dem vorwöchentlichen Fruchtmarkt in Stocach wurden 315 Dtr. Korn zum Mittelpreise von 17 M. 14 Pf. und 16 Dtr. Hafer verkauft, der bis zu 11 M. per 100 Kilo stieg. In Radolfzell erreichte das verkaufte Quantum von Korn 23 Dtr., von Weizen 102 Dtr., von Gerste 114 Dtr. und von Hafer 45 Dtr. In Weßlich wurde für besten Hafer 11 M. 80 Pf. bezahlt. In Ueberlingen verkaufte man 172 Dtr. Korn (Mittelpreis 17 M. 55 Pf.), 224 Dtr. Weizen (derselbe erfuhr einen Aufschlag um 21 Pf.), 32 Dtr. Roggen und 116 Doppelkorn Hafer (letzterer schlug um 24 Pf. auf). In Pullendorf wurden verkauft: 431 Dtr. Korn (höchster Preis 19 M. 60 Pf.), 117 Dtr. Weizen, 138 Dtr. Gerste und 72 Dtr. Hafer. Auf dem Markte zu Billingen belief sich das verkaufte Quantum von Korn auf 559 Ztr. (Aufschlag um 28 Pf.), von Weizen auf 48 Ztr. und von Mischfrucht auf 64 Ztr. (Aufschlag 26 Pf.). In Biberach wurden 1316 Ztr. Korn zum Mittelpreis von 8 M. 97 Pf. verkauft. — Wie wir hören, hat die Firma Wegmann in Bodman in jüngster Zeit beträchtliche Transporte von Brennholz nach St. Gallen effectuirt. Auch übernahm solche die Lieferung von etwa 100 Stk. Brennholz für die Holzstoffabrik in Albrun, welche auf der Eisenbahnstation Stocach demnächst zur Verladung kommen.

Theater und Kunst.

Karlsruhe, 11. Jan. (Konzert.) Während wir bisher nur die liebliche, graziose Signora Tuna bei uns zu begrüßen die Freude hatten, werden wir in nächster Zeit auch die beiden anderen der gegenwärtig die Konzertsäle durchwandernden Geigen: Nettie Carpentier und Arma Senkrath zu sehen und zu hören bekommen. Fräulein Carpentier gibt bekanntlich kommenden Mittwoch unter Mitwirkung des Fräulein Em. Hermann und des Herrn Theodor Pfeiffer im Museumsaal ein Konzert, während Fräulein Senkrath auf den 23. Februar hier einzutreffen gedenkt. Das Mittwochs-Konzert verspricht in jeder Hinsicht interessant und genussreich zu werden. Das noch sehr jugendliche Fräulein Carpentier übertrug nach kompetenten Urtheilen unbedingt ihre Konfessionen durch ihren ungewöhnlich feinen, durchgeistigten Vortrag, mag sie auch an technischer Brillanz und feuriger Leidenschaft jenen nachstehen. Fern Carpentier spielt Fantasiestücke von Beethoven und Bienenweiser von Sarasate. Der Pianist Pfeiffer, Schüler Bülow's, hat außer der Ricordanza von Liszt und der As dar-Polonaise von Chopin die Sonate in F-moll von Brahms in sein Programm aufgenommen. Besonders das letzterwähnte außerordentlich schwierige, bisher auch nur von Bülow öffentlich vorgetragene Werk dürfte die musikalisch gebildeten Zuhörer lebhaft interessieren. Dasselbe bietet fünf Sätze, ein energisches, scharf rhythmisiertes Allegro maestoso, ein Andante, welches nach dem ihm von Brahms beigegebenen Motto eine mondcheinbeglänzte Liebeszene zum Inhalte hat, ein originelles, reizvolles Scherzo, ein kurzes Intermezzo (Küchlein) und ein Finale von meisterhafter, kontrapunktischer Arbeit.

Kunstnotizen. In Paris hat das neueste Stück von Sardou „Das Krotobil“ — eine Art Robinsonade einer durch den Brand des Schiffes „Krotobil“ zur Landung an einer unbewohnten, bisher unbekanntem Insel gezwungenen Reisegesellschaft — keinen durchgreifenden Erfolg erzielt. Das „Krotobil“ auctierte und langweilte abwechselnd das Publikum fünf Stunden. Das Beste waren die unbeschreiblich schönen Dekorationen und die vortreffliche Musik Massenet's. Schon das Schiffsdeck des ersten Bildes war geradezu überwältigend, ebenso das zweite Bild: das untergehende Schiff und die wogende, phosphoreszierende See mit den darauf schwimmenden Booten der geretteten Passagiere. Die Massenet'sche Musik besteht aus lauter Perlen. Ein Satz vor dem 7. Bilde mit Geige und Horn, wie der Walzer des letzten Aktes dürften sich einen Welttraf erwerben. — Der neunjährige Wunderknaube Josef Hofmann erregt überall, wo er auftritt, das größte Entzücken. Das von ihm in Berlin ohne Mitwirkung gegebene zweiteilige Konzert wird als eine wunderbare Leistung bezeichnet. Er überraschte und entzückte die Hörer durch die Entwicklung, Kraft, Energie und Sicherheit seiner Technik, wie durch die Selbstständigkeit seines Vortrags. Seine Genialität sei unbestreitbar. — „Parifal“ soll in München gegeben werden. Das Aufführungsrecht der Münchener Hofbühne fällt auf einen von Richard Wagner als Gegenleistung für gewisse finanzielle Transaktionen im Jahre 1877 auf der k. k. Kabinettskaffe eingegangenen Vertrag, wodurch dem Hoftheater — abgesehen vom Bayerischen Unternehmen — das ausschließliche Recht der öffentlichen Aufführung des „Parifal“ zugesprochen wurde. Seit 10 Jahren lag dieser Vertrag unberührt, soll aber jetzt zu Gunsten der k. k. Kabinettskaffe nutzbar gemacht werden. — Hedwig Niemann, die edelste und eigenwilligste Kraft des „Deutschen Theaters“ in Berlin, geht mit Schluss der Saison aus dem Verbande dieser Bühne auszutreten. — In der Wiener Hofoper soll die langersehnte Reform der Einführung des elektrischen Lichts endlich im Laufe des Jahres 1887 wirklich zur Tat werden. Es wurde festgesetzt, daß die nächste Saison am 1. August 1887 bei elektrischer Beleuchtung eröffnet werden wird. Zur Beseitigung der Arbeiten bleibt das Haus von Mitte Juni bis Ende Juli geschlossen. — Ein von König Oscar II. verfasstes einaktiges Drama „Schloß Kronburg“ gelangt in nächster Zeit auf dem Deutschen Theater in Budapest zur erstmaligen Aufführung.

Neueste Telegramme.

(Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.)

Berlin, 12. Jan. Der Reichstag setzte heute die zweite Beratung der Militärvorlage fort. Vor dem Eintritt in die Tagesordnung theilte der Präsident das gestern erfolgte Ableben des Abg. Dirichlet mit, worauf die Versammlung sich zum ehrenden Gedächtnisse desselben erhebt. Der Abg. v. Hellborn-Bedra (deutsch-konserv.) spricht zu Gunsten einer unverfälschten Annahme der Regierungsvorlage. Während der Rede Hellborn's tritt der Reichskanzler ein. Hafenclever bekämpft die Vorlage. Er sagt, die gestrige Rede des Fürsten Bismarck beweise, daß die Regierung kriegslustig sei. Man solle Gesehe geben, unter denen das Volk sich glücklich fühle, dann brauche man keinen Kriegszustand. Wenn seine Partei an's Ruder käme, würden solche Vorlagen gar nicht erscheinen. Für die Marine würden auch jährlich Mannschaften bewilligt, hätten wir deshalb eine Parlamentsmarine oder sei diese etwa deshalb schlecht?

Kriegsminister Bronsart von Schellendorff sagt, in der gestrigen Debatte sei kein richtiges Bild der Kommissionsberatungen gegeben worden; dort hätte die Regierung ausgeführt, daß die Militärverwaltung die Ueberzeugung gewonnen habe, die jetzige Friedens-Präsenzstärke reiche nicht mehr aus und es sei eine Vermehrung, wie sie die Vorlage anstrebe, unerlässlich. Bezüglich der Ziffern habe die Regierung Alles auf das Genaueste erwogen, auch in der Kommission darüber genau zutreffende Angaben gemacht. Man habe dabei daneben mit einer Vergrößerungsziffer des deutschen Volkes gerechnet, dabei sei man zu dem einen Prozent der Bevölkerung bezüglich der Aushebung gekommen und darauf habe man dann fortgebaut bezüglich der Cadres, sowie bezüglich der Infanterieregimenter und der Bildung der Bataillone. Man dürfe bei den gegenwärtigen Zeitverhältnissen nicht von minimalen Unterschieden in der Auffassung zwischen der Regierung und den Gegnern der Vorlage sprechen. Auch bezüglich der Dienstzeit und der Ausbildung der Mannschaften habe die Regierung Alles wohl erwogen und sie könne von ihren Forderungen nicht abgehen. Ebenso verhalte es sich bezüglich des Septennats. Bei Bemessung dieses Zeitraumes sei man von rein praktischen Gesichtspunkten ausgegangen, auch habe man die für die Ausbildung der Mannschaften erforderliche Zeit, die Dispositionen der

Kompagnieführer u. im Auge gehabt. Die Einrichtungen anderer großer Armeen ständen der Auffassung in den Vorschlägen der Regierung zur Seite. Der Minister hofft auf die unveränderte Annahme der Vorlage.

Graf Vehr (deutsche Reichsp.) spricht für die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs.

Abg. Windthorst spricht nochmals gegen die Vorlage. Bezüglich der Aeußerung des Reichskanzlers über Hannover bemerkt Dr. Windthorst: der König von Hannover habe in Nifolsburg und später Unterhandlungen zum Friedensschluß erbeten; er sei damit schüchtern abgewiesen worden. Der Präsident ruft den Redner wegen dieses Ausdrucks zur Ordnung.

Windthorst fährt fort: Wenn der König von Hannover dann wirklich die Hilfe der Franzosen angerufen, so habe er nichts anderes gethan als andere Leute, welche, während der Deutsche Bund noch bestand, mit Italien kokettirten, um den Widerstand Oesterreichs zu brechen, nichts anderes als andere Leute, die aus ungarischen Gefangenen eine Legion gegen Oesterreich bildeten. Die Hannoveraner arbeiteten und wirkten als treue Angehörige des Deutschen Reichs; sie hätten hier mitgewirkt bei der Wirtschaftspolitik des Herrn Reichskanzlers, hätten für Deutschlands Macht und Ehre wie alle Deutschen geblutet auf den Schlachtfeldern des letzten Krieges. Er erinnere an das heldenmüthige 10. Armeecorps, welches zumeist aus Hannoveranern besteht. Der Name „Welf“ sei ihm ein Ehrenname; dies konstatire ich und bitte, daß man uns zünftig in Ruhe lasse.

Windthorst wiederholt, daß es sich bei der Vorlage nur um die Auflösung, nur um die Schaffung einer Versammlung von Kopfjuden handle. Es falle ihm nicht ein, sich mit der Autorität des Grafen Moltke zu vergleichen. Die Rede des Fürsten Bismarck sei nur dazu angethan, die Ablehnung der Vorlage zu fördern. Er sei überzeugt, die Franzosen würden uns nicht angreifen, wenn man sie nicht reize. Er habe sich nur auf die Autorität Moltke's hin entschlossen, für die ganze Vorlage auf drei Jahre zu stimmen; nach den Anträgen des Zentrums und der Freisinnigen werde kein Groschen, kein Mann verweigert. Die Regierung habe zu entscheiden, ob sie die Vorlage in dieser Weise oder die Auflösung vorgehe. Die Mannschaften der Marine würden jährlich bewilligt, ebenso würde das Militärbudget in Frankreich, England und Italien alljährlich bewilligt, ebenso ferne die preussische Verfassung nur einjährige Bewilligung. Niemand hätte daran Anstand genommen, daß dem Kaiser als obersten Kriegsherrn der Befehl über die Heeresdisposition, über alle seine Einrichtungen gehöre; die Einnahmen und Ausgaben der Verwaltung könnten aber nur durch das Budget bewilligt werden, welches nur unter der Mitwirkung des Reichstages zu Stande kommen könne. Wer diese Rechte des Volkes preisgebe oder vernachlässige, gefährde den Thron. Diese Unterscheidung sei nöthig, um den Vorwurf zurückzuweisen, daß er und seine Genossen in dieser Frage in die Vorrechte der Krone eingreifen wollten. Der Redner wünscht noch in letzter Stunde eine Mehrheit des Hauses für die Annahme der Vorlage auf drei Jahre.

Fürst Bismarck erwidert: Der Vorredner muthet uns zu, daß wir von dem nächsten Reichstag auf's neue die Vorlage uns auf drei Jahre bewilligen lassen sollen; kann denn die Majorität nicht wechseln? Können wir nicht ganz geänderten Verhältnissen gegenüberstehen? Nach sieben Jahren ist das freilich ebensowenig berechenbar, aber in diesem Zeitraum wird man einerseits die Ausbildung der neuen Truppen besser fördern, dann aber die Hoffnung haben können, zu neuen Kompromissen zu gelangen. Gerade im Interesse der Kompromisse halte ich unbedingt an den sieben Jahren fest. Im Zentrum vereinigen sich viele heterogene politische Elemente; sind sie sicher, daß sich diese Vereinigung immer erhalten wird?

Sind Sie selbst der Fortbauer dieser Vereinigung bei den nächsten Wahlen sicher?

Ich erinnere an Bayern; dort ist im Zentrum Einheit, soweit die Interessen der katholischen Kirche in Betracht kommen, sind aber diese gesichert, so dürften sich doch dort Differenzen aller Art herausstellen. Keine Verfassung kann ohne Kompromisse bestehen. Die Sorge für die Verfassung und das Volk ist auf unserer Seite. Ich meine, eine Parlamentsarmee, eine solche, welche von der Abstimmung des Parlaments abhängig ist, davon kann und soll bei uns nicht die Rede sein. Als wir Ihnen die Verfassung und damit so viele Freiheiten und Rechte gaben, haben wir nie gedacht, daß es zu so elenden Streitigkeiten kommen werde, wie die, welche hier vorliegen. Wenn dergleichen möglich ist, dann haben wir uns in Ihnen geirrt, auch das Volk hat sich in Ihnen geirrt. Ich bleibe dabei, die Verfassung ist auf unserer Seite, nicht auf Ihrer Seite.

Wenn ich übrigens von einer kaiserlichen Armee spreche, so möchte ich gewiß nicht der Heereshoheit der einzelnen Souveräne der Bundesstaaten zu nahe treten. Das Beispiel mit der Marine ist unzutreffend. Sie wollen hier von Ihrem Budgetrecht Besitz ergreifen, dies würde Ihnen nicht bestritten sein, wenn Sie auf unsere Vorschläge eingehen wollen.

Fürst Bismarck verbreitet sich über die Zusammenfassung der Opposition aus dem Zentrum, den Freisinnigen, Sozialdemokraten u. s. w. Alle diese Fraktionen bildeten stets ein geschlossenes Ganze gegen die Regierung. Auf die Bürgerschaft für den Frieden, die Windthorst übernommen, könne er sich nicht einlassen. Auf die Möglichkeit, daß uns die Franzosen nicht angreifen, kann ich mich doch nicht verlassen. Was nützt es, wenn ich sage, die Franzosen sind heute ungefährlich? Auf denn dies nun immer so bleiben? Sollen wir uns nicht auch auf andere Eventualitäten vorbereiten? Was die Karolinen-Frage betrifft, so wird man mir doch wohl zugeben, daß es nicht gerathen war, um dieser Angelegenheit wegen mit Spanien zu brechen und in einen Krieg zu gerathen. Man möge nicht die Arbeiterfrage hier hereinziehen; auf des Kaisers Ruf wären sicher die Arbeiter allezeit bereit, für das Vaterland einzutreten.

Er habe die Sache des Königs von Hannover nicht angeregt, habe nur von den Folgen gesprochen, welche die Niederwerfung Deutschlands durch die Franzosen herbeiführen könnten. Die Hannoveraner sind eine Stütze des Kaisers, das kann ich doch von der Partei hier im Hause nicht sagen. Es ist richtig, daß wir die Verhandlungen mit dem König von Hannover abgewiesen haben, aber noch schüchtern sind wir von Hannover abgewiesen 1866; alle unsere Vorstellungen und Bitten um Anschluß hat Hannover unbeachtet gelassen, alle vorher uns gemachten Zusagen wurden nicht gehalten; während der Verhandlungen wurde gegen uns gerüstet. Also liegt kein Grund vor, daß Windthorst sich hier heute so ereifert. Ich kann nur nochmals um die Annahme der Vorlage im vollen Umfange bitten. Meine Ueberzeugung und Entschlossenheit, daß auch in 3 Monaten von der Vorlage in vollem Umfange nicht ein Haar breit abzulassen sei, wird dieselbe bleiben.

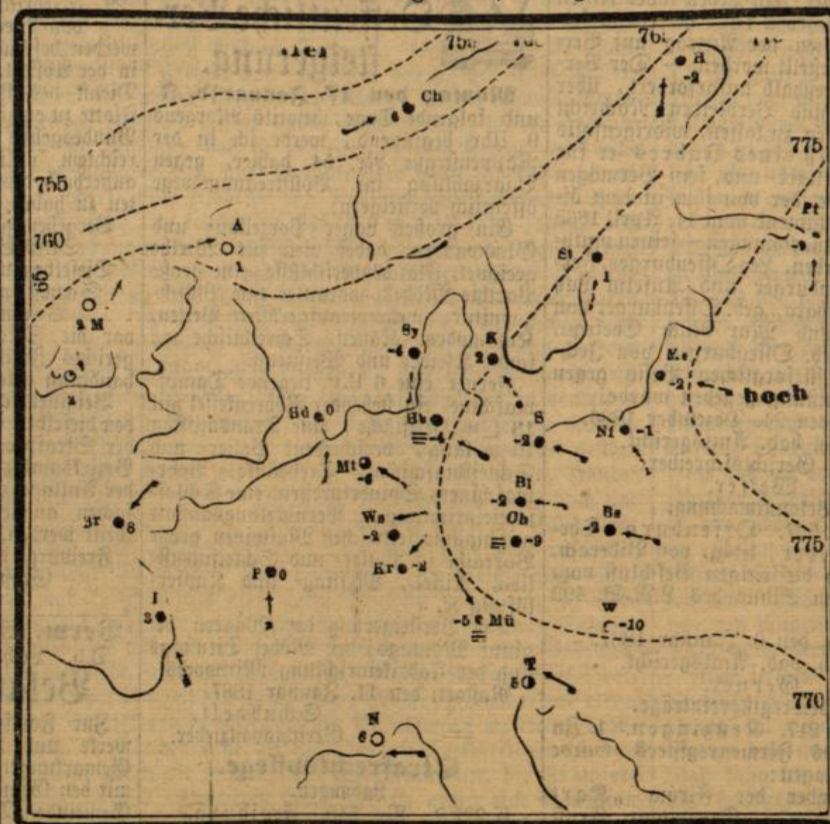
Hierauf wird ein Antrag auf Vertagung angenommen; es folgen eine Reihe persönlicher Bemerkungen. Windthorst erklärt, die Bemerkungen des Fürsten Bismarck über Hannover seien unzutreffend, er werde darauf zurückkommen. Schluß 5¹/₂ Uhr. Fortsetzung morgen 11 Uhr.

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Harber in Karlsruhe.

Großherzogliches Hoftheater.

In Karlsruhe: Donnerstag, 13. Jan. 8. Abonnem.-Vorst.: „Siegfried“, in 3 Aufzügen, von Rich. Wagner. Anfang 6 Uhr.

Wetterkarte vom 12. Januar, Morgens 8 Uhr.



Uebersicht der Witterung. Der Luftdruck ist fast auf dem ganzen Gebiete gestiegen, außerordentlich stark über den britischen Inseln, wo im Südwesten ein barometrisches Maximum herannahet. Das gestern erwähnte Maximum liegt an der mittleren nordwestlichen Küste, die Tiefdepression im Süden hat sich am Kanal zum selbständigen Minimum entwickelt. Ueber Rußland lagert ein hohes und umfangreiches Maximum. Bei leichter, vorwiegend südöstlicher Luftströmung dauert über Deutschland das meist trübe, vielfach neblige Frothwetter fort. An der norddeutschen Küste fand Kauffeisbildung statt. (Deutsche Seewarte.)

Frankfurter telegraphische Kursberichte vom 12. Januar 1887.

Staatspapiere.		Bahnaktien.	
4% Deutsche Reichsanleihe	106.40	Staatsbahn	205 ⁷ / ₈
4% Preuss. Konf.	106.30	Lombarden	164.50
4% Baden in fl.	103.80	Galizier	133 ³ / ₄
4% in W.	105.05	Elbthal	155.60
Deuterr. Goldrente	91.25	Westfäl. u. Rheinl.	158.50
Silberrent.	67.50	Bayr. Ludwigsbahn	158.50
4% Ungar. Goldr.	82.90	Gotthard	95.10
1877r. Russen	96.60	Weschn. u. Gortzen	168.60
1880r. Russen	82.80	Weschn. a. Amstb.	168.60
11. Orientanleihe	58.45	London	20.41
Italiener compt.	99.70	Paris	80.45
Egypter	75.—	Wien	161.20
Spanier	65.80	Napoleonsb'or	16.12
5% Serben	80.25	Privatdiskonto	8 ³ / ₄
Banken.		Bad. Zuckerfabrik	80.50
Kreditaktien	234 ¹ / ₂	Alkali Westerrg.	—
Diskonto-Kommandit	206.20	Kreditaktien	234 ¹ / ₂
Basler Bankver.	167.70	Staatsbahn	205 ⁷ / ₈
Darmstädter Bank	140.20	Lombarden	81
5% Serb. Hyp. Ob.	80.30	Tendenz:	mat.
Berlin.		Wien.	
Def. Kreditakt.	483.50	Kreditaktien	391.60
Staatsbahn	412.—	Marknoten	61.90
Lombarden	165.80	Tendenz:	schwach.
Dist.-Kommand.	206.10	Paris.	
Laurahütte	88.20	4 1/2% Rente	—
Dortmunder	71.50	Spanier	65 ³ / ₄
Marienburg	42.40	Egypter	37 ³ / ₄
Mecklenburger	—	Ottomanen	581
Tendenz:	—	Tendenz:	—

